

Verwaltungsrat vom 28.04.2021

Für die Landesstelle Graz wurden die Arbeiten zur Sanierung der 1. Ebene der Tiefgarage mit einem Rahmenbetrag von € 360.000,00 (excl. MwSt.) grundsätzlich genehmigt. Für die Generalunternehmerleistungen erfolgt die Vergabe im nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung gemäß § 43 Z 1 BVergG. Der Zuschlag wird dem Angebot mit dem niedrigsten Preis erteilt. Die weitere Abwicklung des Vergabe-/Beschaffungsprozesses wurde dem Büro übertragen. Sollten sich maßgebliche Änderungen im Zusammenhang mit dem Vorhaben ergeben, sind diese dem Verwaltungsrat zu berichten.

Abschluss der Kooperationsvereinbarung zwischen der AUVA und der PVA zur Erbringung gemeinsamer Druckerleistungen

Der Bericht zur Versorgung mit elektrischer Energie der ersten Periode 2021 wurde zur Kenntnis genommen.

Für die Rehabilitationsklinik Tobelbad wurde die Sanierung der Nasszellen mit einem voraussichtlichen Kostenrahmen von € 900.000,00 (excl. MwSt.) grundsätzlich genehmigt. Die Beauftragung der haustechnischen Konsulentenleistungen (Planungs- und Überwachungsleistungen) wird in Form der Direktvergabe gemäß § 46 Abs. 2 BVergG mit einer Vergabesumme von € 29.980,80 (inklusive 4% Nachlass, exklusive Mehrwertsteuer, netto Kassa) genehmigt. Für das Gewerk HKLS-Technik erfolgt die Vergabe im nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung gemäß § 43 Z 1 BVergG. Für die Gewerke Fliesenleger-, Elektroinstallations-, Maler- und Bodenlegerarbeiten erfolgen die Vergaben in Form von Direktvergaben gemäß § 46 Abs 2 BVergG. Die weitere Abwicklung des Vergabe-/Beschaffungsprozesses ist dem Büro übertragen. Sollten sich maßgebliche Änderungen im Zusammenhang mit dem Vorhaben ergeben, sind diese dem Verwaltungsrat zu berichten.

Der Bericht betreffend die Erreichbarkeitskundmachung – Neuer Standort 1100 Wien, Vienna Twin Towers, Wienerbergstraße 11 wurde zur Kenntnis genommen.

Für die dezentrale Infrastruktur PRIMA wird der Ankauf von Hardware- und Softwareinfrastruktur für die medizinischen Einrichtungen inkl. Wartung bis 31.05.2026, im Zuge eines Abrufes bei der Bundesbeschaffung GmbH (BBG), Wien, in der Höhe von € 997.321,14 (exklusive Mehrwertsteuer, netto Kassa) genehmigt.

Der Bericht über die Entscheidungen betreffend Mitgliedschaften und Subventionen 2020 wurde zur Kenntnis genommen.

Der Bericht zur wirtschaftlichen Lage wurde zur Kenntnis genommen.

Der Bericht über den Abschluss von Sachversicherungsverträgen; Gesamtprämienaufkommen 2020 im Gesamtausmaß von € 2.137.697,40 wurde zur Kenntnis genommen.

Die Genehmigung zum Abschluss des 13. Zusatzprotokolls zum Orthopädieschuhmachergesamtvertrag vom 11. Juli 2007, abgeschlossen zwischen dem Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einerseits und der Wirtschaftskammer Österreich, Bundesinnung Gesundheitsberufe, Berufsgenossenschaft Orthopädieschuhmacher andererseits, wurde erteilt. Der Gesamtvertrag dient der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Hilfsmittelversorgung gemäß § 202 ASVG.

